Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Feuilleton", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Wochenblatt „U.T.K.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 6.90 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: ins Inland 3 M., ins Ausland 5.30 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10181-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Müllerstr. 69; Weimer Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schützenstraße Str. 27; Hasenstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Albrechtstr. 19; Halensee: Grunewaldstr. Hertzplatz, Lichtenberg: Frankfurterchaussee 130; Lichterfelde-West: Kaiserstr. 1/2, Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Wordenbarer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 99/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 5
43. Jahrgang

Sonntag
4. Januar 1914

Hierzu die Illustrierte Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel" Nr. 2.

Politische Wochenschau.

Von [Nachdruck verboten.]
Paul Michaelis.

Neujahr und die Mächte. — Der Wehrbeitrag. — Krankenkassen und Aerzte. — Ein apokryphes Wort. — Das Zabernen „Attentat". — Julius Bachem als Friedensbote.

Der Neujahrstag hat keine politischen Ueberraschungen gebracht. Wenn auch überall eine gewisse Zurückhaltung beobachtet wurde, wie sie nach der Erregung des letzten Jahres erklärlich ist, so klang doch aus den offiziösen Empfängen der Gute Unterton eines stärkeren Vertrauens auf die Zukunft heraus. Und diese Zuversicht auf ruhigere Zeiten ist kaum ganz unbegründet, wenn man berücksichtigt, daß die sehr tiefgreifenden Balkandifferenzen doch schließlich die Einigkeit der Großmächte nicht sprengen konnten. An dunkeln Punkten fehlt es freilich auch im neuen Jahr nicht. Die Auseinandersetzung zwischen Griechenland und der Türkei über die ägäischen Inseln und die Räumung der an Albanien fallenden Teile von Epirus von griechischen Truppen finden sich noch in der Schwebe. Und es geschieht gleichsam von selbst, daß bei jeder neu sich aufdrängenden Balkanfrage der Block der Großmächte auch wieder in die beiden rivalisierenden Gruppen des Dreibundes und der Tripleallianz zerfällt. Auch bei den von Sir Edward Grey aufgeworfenen Problemen hat der Dreibund keinen Zweifel daran gelassen, daß er geschlossen vorgehen will. Er hat sich indessen zunächst für die albanische Grenzfrage bestimmter geäußert und die Seefrage nur gestreift. Die internationale Diplomatie wird in jedem Fall noch manches Hindernis aus dem Wege räumen müssen, ehe von einer festen Neuordnung der mit dem Balkanproblem zusammenhängenden Verhältnisse die Rede sein kann. Aber da die härtesten Nüsse bereits geknackt worden sind, so brauchen etwaige neu auftauchende Differenzen noch keinen Grund zu Besorgnissen zu bieten. Fehlt es doch auch nicht an Zeichen dafür, daß trotz der Gruppeneinteilung der Großmächte manche Fäden zwischen einzelnen Staaten beider Lager herüber- und hinübergehen. Der Widerstand Rußlands gegen die deutsche Militärmission in der Türkei scheint im wesentlichen überwunden zu sein. Ueber Armenien ist es zu einer Verständigung gekommen. Ebenso hat die deutsch-französische Verständigungsaktion Fortschritte gemacht. In dieser Beziehung konnte man die Bemerkungen, die der englische Schatzkanzler Lloyd George zugunsten einer genauen Prüfung der Rüstungsausgaben gemacht hat, willkommen heißen. Denn der englische Minister ging bei seinen politischen Ausführungen von der zutreffenden Voraussetzung aus, daß die Beziehungen Englands zum Deutschen Reich heute unendlich viel freundschaftlicher seien als seit Jahren.

Für die bürgerliche Gesellschaft des Deutschen Reichs hat eine neue Jahr sehr wichtige und zum Teil recht unbequeme Neuerungen gebracht. Der Wehrbeitrag soll nun in die Erscheinung treten. Wie sich in der Praxis herausstellt, bedeutet er einen sehr empfindlichen Eingriff in die Taschen des leistungsfähigen Teils der Bevölkerung und zugleich eine sehr große Belästigung. Die Bestimmungen über die Selbsteinschätzung sind nicht überall ganz klar und jedenfalls nicht leicht verständlich. Die Grundlagen, nach denen bisher Einkommen und Vermögen berechnet wurden, sind vielfach verändert worden. Durch den Generalpardon, der unbedingt notwendig war, nicht bloß weil vielleicht früher einzelne Vermögenswerte nicht zutreffend deklariert worden sind, sondern auch weniger deshalb, weil auch bei gutem Willen die neuen Bestimmungen vielfach zu anderen Ergebnissen führen müssen, als sie die neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Deklaration wenigstens etwas erleichtert worden. Aber auch noch wird es nicht an Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten fehlen. Man darf wohl erwarten, daß die Steuerbehörden auf die sehr erheblichen Schwierigkeiten, die sich bei der Berechnung des Wehrbeitrags ergeben müssen, gebührende Rücksicht nehmen und nach Möglichkeit Geduld üben. Es wird indessen darauf gedrungen werden müssen, daß die Einschätzung überall gerecht und ohne Ansehen der Person durchgeführt wird, um eine gleichmäßige Verteilung des Wehrbeitrags auf die leistungsfähigen Personen zu ermöglichen.

Fast noch einschneidender für die große Masse der Bevölkerung muß die Durchführung der erweiterten Krankenversicherung wirken. Ein erheblicher Teil des Volkes, der bisher auf die private Krankenpflege angewiesen war, wird mit dem neuen Jahre der öffentlichen Krankenversicherung unterstellt. Zumal die Krankenversicherung der häuslichen Dienstboten hat zunächst eine etwas laute Entrüstungsbewegung hervorgerufen. Die Regierung hat sich, wie es nicht anders konnte, auf einen derartigen Widerspruch nicht einlassen, und man darf wohl hoffen, daß sich die Bevölkerung sehr schnell an die neue Ordnung gewöhnen wird. Aber doch den großen sozialen Fortschritt nicht verkennen, den die Erweiterung der Krankenversicherungspflicht zur notwendigen Folge haben muß. Die Gesundheit ist oft das einzige und jedenfalls beste Gut der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Kreise, und alles, was die Volksgesundheit fördert, ist auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation ein unschätzbarer Gewinn. Erfreulicherweise ist es auch in letzter Stunde gelungen, durch gegenseitige Nachgiebigkeit wenigstens eine generelle Grundlage für das künftige Verhältnis zwischen Krankenkassen und Aerzten zu gewinnen. Soweit an einzelnen Orten noch Differenzen bestehen, darf man wohl erwarten, daß sie in naher Zeit ausgeglichen werden.

Weniger leicht wird sich eine Verständigung zwischen Volk und Regierung auf dem Gebiet der inneren Politik finden lassen. Von einer Entspannung kann hier vorläufig keine Rede sein. „Glauben Sie denn, daß es bei uns gut steht?" soll nach der Behauptung des „Wetschernoje Wremja" Herr v. Bethmann Hollweg zum russischen Minister des Auswärtigen gesagt haben. Der offiziöse russische Telegraph hat sich beeilt, diese Bemerkung als apokryph zu kennzeichnen. Es ist auch kaum wahrscheinlich, daß Herr v. Bethmann Hollweg bereits im Oktober vorigen Jahres Krisenluft gewittert, und noch weniger, daß er darüber zu Herrn Sasonow gesprochen haben sollte. Aber man muß zugeben, daß die Bemerkung, wenn nicht wahr, so doch gut erfunden ist. Es steht augenblicklich für Herrn v. Bethmann Hollweg wirklich nicht gut. Nicht bloß, daß noch immer auf ihm das Mißtrauensvotum der 293 Abgeordneten lastet. Die Unterstützung der 54 Aufrechten der äußersten Rechten ist ihm fast noch unbequemer. Die ganze reaktionäre Presse sucht ihn in eine Richtung zu schieben, die er nicht gehen kann, wenn er nicht einen Konflikt provozieren will. Man muß den Wortführern der Reaktion auch attestieren, daß sie mit bemerkenswertem Unglück und Ungeschick operieren. Mit der Beweisführung des Dr. juris v. Jagow war es nichts, wie selbst seine intimsten Freunde, wenn sie unter sich sind, zugeben. Mit dem Attentat auf den Posten in Zabern war es auch nichts; wenn auch der Urheber der Schüsse noch nicht festgestellt werden konnte, so hat doch die Untersuchung der Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis geführt, daß ein Anschlag auf den Posten auf dem Kasernenhof unter keinen Umständen angenommen werden kann. Diesen übermäßig aufgebauschten Zwischenfall kann man also auf sich beruhen lassen. Um so entschiedener drängt sich die Notwendigkeit in den Vordergrund, die Auseinandersetzung zwischen Militärgewalt und bürgerlichem Recht, die nicht von bürgerlicher Seite gesucht worden ist, zum klaren Austrag zu bringen. Darin allerdings hat das offiziöse Organ des bayerischen Ministerpräsidenten Hertling recht, daß man über die Zaberner Affäre nicht zu heulen braucht. Wir stimmen ihm bei: „Das Heulen wird das deutsche Volk lieber seinen vom Kampf des Lebens vermürbten Greisinnen überlassen". Aber noch weniger kann es auf diesem elementaren Gebiet der Volksrechte schwächliche Nachgiebigkeit geben. Dieser Kampf zwischen Willkür und Recht muß durchgefochten werden.

An guten Freunden, die alles wieder einrenken möchten, fehlt es Herrn v. Bethmann Hollweg ja nicht. Herr Julius Bachem bringt ihm in seiner Toga den Frieden. Nur ist das Geschenk dieses „Danaers" an eine kleine Bedingung geknüpft. Der Reichskanzler soll dem Zentrum auf dem Gebiet des Jesuitengesetzes entgegenkommen. Nicht, daß Herr Bachem gleich die Beseitigung des ganzen Jesuitengesetzes forderte. So unbescheiden ist er nicht. Aber der Kanzler soll erst einmal die vor zwei Jahren erlassene Bundesratsentscheidung über die Handhabung des Jesuitengesetzes aufheben, und die Konservativen und Nationalliberalen sollen für das Zentrum die Kastanien aus dem Feuer holen, indem sie die rein seelsorgerische Tätigkeit der Jesuiten völlig freimachen helfen. Dieser Vorschlag zur Güte hat nur die große Schwierigkeit, daß er den Reichskanzler in die völlige Abhängigkeit vom Zentrum bringen müßte, ohne daß er hoffen könnte, auch nur das Zentrum selbst als stramme Regierungstruppe für sich zu gewinnen. Vorläufig ist das Zentrum noch unnachgiebig. Daß es in seinen Reihen nicht an Diplomaten fehlt, die gern mit Herrn Bachem gehen möchten, ist wohl nicht zu bezweifeln. Aber die Masse der süddeutschen Zentrumsmänner weiß nur zu gut, daß sie mit den Volksrechten nicht spaßen kann. Ein Mann wie der Abgeordnete Gröber hat erst kürzlich noch in Stuttgart ein voll gerütteltes Maß von Mißtrauen und Entrüstung nicht bloß über das Militärregiment, sondern auch über Herrn v. Bethmann Hollweg ausgegossen. Es kommt noch hinzu, daß das Zentrum auch mit der von Herrn Bachem vorgeschlagenen Abschlagszahlung kaum einverstanden sein würde. Das Zentrum will nicht bloß den kleinen Finger, es will die ganze Hand; es begnügt sich nicht mit der seelsorgerischen Tätigkeit der Jesuiten, sondern es beharrt auf seiner Forderung der vollständigen Beseitigung des Jesuitengesetzes. In dieser Richtung wird es durch den römischen Einfluß festgehalten. Papst Pius X., nun des Rivalen Rampolla ledig, denkt nicht daran, sich mit halben Konzessionen zu begnügen. Weder auf dem Gebiet des Jesuitengesetzes, noch auf dem der christlichen Gewerkschaften. Wie streng er die deutschen Kirchenfürsten am Zügel führt, das beweist erst wieder die Erklärung des Kölner Erzbischofs v. Hartmann über die christlichen Gewerkschaften, die einen völligen Umfall bedeutet. Es geht auch daraus unwiderleglich hervor, daß das Zentrum für seine Unterstützung der Bethmannschen Regierung einen Preis fordern müßte, den kein deutscher Kanzler zahlen kann. Es hilft nichts, die Dinge künstlich verschleiern zu wollen. Nur ein offenes und unumwundenes Bekenntnis zum politischen Fortschritt, im Reich wie in Preußen, kann heute helfen. Aber wir stehen im Zeichen des Opferjahres ohne Gegengabe. So muß sich der Konflikt zwischen Volkswillen und Regierungswillen immer schärfer zuspitzen.

Die deutsche Militärmission.

Deutschland und Rußland.

Wie in dem nachstehenden Pariser Privat-Telegramm mitgeteilt wird, berichtet der „Temps", daß zwischen Deutschland und Rußland eine Verständigung über die Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel bevorstehe. Wir glauben, sagen zu können, daß diese Meldung nicht ganz unbegründet ist. Natürlich kann von einer Zurückziehung der Mission keine Rede sein, und eine solche Forderung ist auch höchstens von einigen chauvinistischen Heißspornen in der russischen Presse erhoben worden. Die deutsche Regierung hat sich immer auf den formalen Standpunkt gestellt, daß hier im wesentlichen eine rein türkische Angelegenheit vorliege, und sie hat, wenn wir nicht irren, in einem frühern Stadium der Erörterungen zu erkennen gegeben, daß sie es eventuell der türkischen Regierung überlassen würde, die Mitarbeit der deutschen Offiziere auch an gewissen anderen Stellen zu verwenden. Eine Verständigung könnte etwa auf der Grundlage erzielt werden oder erzielt worden sein, daß General Liman v. Sanders vorläufig den ihm jetzt zugewiesenen Posten behält und ihn später mit einem anderen wichtigen Wirkungskreis vertauscht.

Der „Temps" gegen Lloyd George.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. Januar.

Der „Temps" meldet aus angeblich gutinformierter Berliner Quelle, daß eine Lösung der russisch-deutschen Schwierigkeiten über die deutsche Militärmission bevorstehe. Diese Lösung soll der Würde der beiden Parteien durchaus gerecht werden. Die öffentliche Meinung fährt hier fort, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen und bringt sie mit den Erklärungen Lloyd Georges in Verbindung, daß man den Rüstungen ein Ende machen solle. Diese Erklärungen haben hier eine Unzufriedenheit erweckt, die ganz offen ausgesprochen wird. Der „Temps" erklärt, daß die Worte Lloyd Georges die Franzosen mit Trauer erfüllen müßen und meint: „Man glaubt, zu träumen, wenn man die Erklärungen Lloyd Georges liest. In diesem Augenblick, da das Inselproblem noch schwebt, weil keine Antwort der Dreibundmächte eingelaufen ist, unmittelbar nachdem Sir Edward Grey sich über dieses Problem kategorisch geäußert hat, und einige Wochen nachdem der englische Marineminister die Notwendigkeit der neuen Flottenrüstungen betont hat, hält es der englische Finanzminister für nötig, seinen beiden Kollegen andere Vorschläge zu machen. Er wünscht, daß England seine Kriegsmacht einschränke und dadurch auch seine Autorität für den Frieden vermindere. Was soll man zu solchen Regierungsmethoden sagen?" Das Blatt stellt schließlich mit Bedauern fest, daß im Innern der Tripleentente keine Klarheit über die Direktiven mehr herrsche, daß dieses politische Bündnis von Tag zu Tag immer mehr den Anschein der Unbeständigkeit zeige, und fährt dann fort: „Wann endlich wird man aufhören, dieses großartige diplomatische Instrument, das bis jetzt so deutliche Beweise seiner Kraft gegeben hat, zu verpfuschen?"

Enver Paschas Ernennung zum Kriegsminister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 3. Januar.

Der Sultan unterzeichnete heute vormittag das Irade, durch das Enver Bei zum Kriegsminister ernannt und gleichzeitig zum Brigadegeneral befördert wird, und empfing Enver Pascha am Abend in Audienz. Auch der Minister der öffentlichen Arbeiten, der künftig Tschemal Pascha heißt, wurde zum Brigadegeneral befördert. Die Ernennung Enver Paschas erregt das größte Aufsehen. Die erste Meldung von der Ernennung wurde, obwohl sie durch die offiziöse „Agence Ottomane" verbreitet wurde, wegen der Jugend Enver Paschas, der erst dreiunddreißig Jahre alt ist und erst vor wenigen Wochen zum Obersten befördert wurde, angezweifelt. Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß Enver eine durchgreifende Verfügung der Generalität plant. Fuad Pascha bleibt aber Müstschar des Kriegsministeriums und Ismail Hakki Pascha Chef der Intendantur. Der bisherige Kriegsminister Ijjet Pascha scheidet demnächst überhaupt aus der Armee aus und verläßt die Türkei. Die Gründe seiner Demission werden streng geheimgehalten. Der Hauptgrund für den Rücktritt Ijjets liegt wohl in dem Umstand, daß er Albanier ist, wodurch seine Stellung sehr erschwert wurde. Die Begeisterung über die Verstärkung der Flotte und den Ankauf des Schlachtschiffes „Sultan Osman" hält hier und in den Provinzen an. In den Theatern und Kaffeehäusern fanden improvisierte patriotische Kundgebungen statt. In einem Artikel schreibt der „Tanin" heute: „Wir wollen nicht Griechenland erobern, wir